

Bericht über die Sitzungen des Hauptausschusses am 22. März 2024 und 28. Juni 2024

Die Frühjahrs- und Sommersitzung des Hauptausschusses fanden unter Leitung von ELKE HANNACK, Beauftragte der Arbeitnehmer, statt. Beraten wurden im Schwerpunkt die aktuelle Ausbildungsplatzsituation anlässlich der jährlichen Aussprache zum Berufsbildungsbericht der Bundesregierung. Weitere Themen waren das Selbstverständnis des Hauptausschusses, Azubi Wohnen und das Berufvalidierungs- und -digitalisierungsgesetz (BVA DiG).

Gemeinsame Stellungnahme zum Berufsbildungsbericht 2024

Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung 1/2024 eine gemeinsame Stellungnahme von Arbeitgeber-, Arbeitnehmer- und Länderbank verabschiedet. Die Daten des Berufsbildungsberichts zeigen für den Berichtszeitraum, dass die Zahl der Ausbildungsverträge gestiegen ist, gleichwohl das Vor-Corona-Niveau noch nicht wieder erreicht werden konnte. Auch wenn es bei Ausbildungsangebot und -nachfrage Zuwächse gegeben hat, bestehen weiterhin Passungsprobleme. Hier müsse es Fortschritte geben. Der Anteil unbesetzter Stellen liegt höher als die Anzahl suchender Bewerberinnen und Bewerber. Der Berufsbildungsbericht zeigt ebenfalls, dass die Vertragslösungsquote im Betrachtungszeitraum deutlich höher als sonst ist, zudem gibt es noch mehr unversorgte Bewerber/-innen. Als Fazit wurde festgehalten, dass die duale Berufsbildung noch attraktiver werden müsse. Die duale Berufsbildung stehe vor der Herausforderung, dass man Angebot und Nachfrage noch besser zusammenführen müsse. Dabei müssten ebenfalls die Herausforderungen im

Blick behalten werden, die von anstehenden Transformationsprozessen und der demografischen Entwicklung ausgehen. Es sei davon auszugehen, dass die Ausbildungsmarktsituation in den kommenden Jahren nicht einfacher werde. Daher seien verstärkte Anstrengungen aller relevanten Akteure in der dualen Berufsbildung unabdingbar.

Die Bänke des Hauptausschusses danken ausdrücklich allen Ausbilderinnen und Ausbildern, Lehrerinnen und Lehrern, Dozentinnen und Dozenten, ehrenamtlichen Mitgliedern in Prüfungs- oder Berufsbildungsausschüssen sowie ehrenamtlichen Sachverständigen in der Ordnungsarbeit.

Der gemeinsamen Stellungnahme sind Sondervoten der Beauftragten der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Länder beigelegt, die jeweils weiterführende Betrachtungen der Bänke enthalten (vgl. Link zur Stellungnahme am Ende des Berichts).

Selbstverständnis des Hauptausschusses

In der Sommersitzung hat sich der Hauptausschuss selbstreflektierend mit seiner Arbeit und den hierfür bestehenden Rahmenbedingungen befasst. Ausgehend von den gesetzlichen Aufgaben des Hauptausschusses in § 92 Berufsbildungsgesetz (BBiG) wurden

u. a. Fragen zur Vorbereitung und zum Ablauf der Sitzungen, zu möglichen thematischen Schwerpunktsetzungen und zum Zusammenwirken mit anderen Gremien außerhalb des BIBB diskutiert (vgl. Link am Ende des Berichts zum Hauptausschuss und den Gremien des BIBB).

Azubi-Wohnen

Der Hauptausschuss hat sich in der Frühjahrssitzung mit der Thematik des Azubi-Wohnens auseinandergesetzt. In der Sommersitzung wurde der Gegenstand durch Beiträge des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen und der Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern vertieft. Seitens des Bundesministeriums wurde das Sonderprogramm »Junges Wohnen« vorgestellt. Für junge Menschen werde es immer schwieriger, mit ihrer Ausbildungsvergütung bezahlbaren Wohnraum zu finden. Zudem müssten Auszubildende teilweise lange Wartezeiten in Kauf nehmen. Ziel des Programms ist die Förderung von Wohnheimplätzen. Bund und Länder arbeiten gemeinsam mit Nachdruck an dem Thema Azubi Wohnen, um die bestehenden Bedarfe bedienen zu können. Der Bund unterstützt die für die Förderung zuständigen Bundesländer mit Finanzhilfen (vgl. Link am Ende des Berichts).

Berufvalidierungs- und -digitalisierungsgesetz (BVaDiG)

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat den Hauptausschuss in seiner Sommersitzung über den Sachstand und Zeitplan hinsichtlich des Inkrafttretens des Berufvalidierungs- und -digitalisierungsgesetzes sowie einer diesbezüglichen Rechtsverordnung informiert. Das Gesetz nimmt u.a. die Digitalisierung und Entbürokratisierung der beruflichen Bildung in den Blick. Zudem soll es Personen ohne Abschluss zukünftig möglich sein, ihre Fähigkeiten und beruflichen Erfahrungen anerkennen zu lassen. Der Hauptausschuss hat beschlossen, im August/September dieses Jahres eine Sonder-sitzung einzuberufen.

Weitere Themen und Beschlüsse

Ausbildungsordnungen: Der Hauptausschuss hat den folgenden Entwürfen zugestimmt: Luftfahrttechnische Berufe (Fluggeräteelektronikerin/Fluggeräteelektroniker, Fluggerätmechanikerin/Fluggerätmechaniker).

Fortbildungsordnungen: Der Hauptausschuss hat den folgenden Entwürfen zugestimmt: IT-Fortbildungen (Geprüfte Berufsspezialistin und Geprüfter Berufsspezialist im Bereich der Informations- und Telekommunikationstechnik – Bachelor Professio-

nal in IT) und Bachelor Professional in Versicherungen und Finanzanlagen.

Initiative »KLISCHEEFREI« und das Portal »zynd«: Der Hauptausschuss hat sich in seinen Sitzungen über die Initiative »KLISCHEEFREI« und die neue Berufsorientierungsplattform »zynd« umfassend informiert. Die Plattform enthält interaktiv-spielerische Lernmodule und Gamification-Elemente. »zynd« wurde unter Einbeziehung von Jugendlichen entwickelt und verfolgt das Ziel, den Übergang von der Schule in den Beruf digital zu begleiten.

Zusammenarbeit mit der Technischen Universität (TU) Darmstadt: Der Hauptausschuss hat sich in seiner Frühjahrssitzung über die Zusammenarbeit mit der TU Darmstadt

über die Berufsorientierungsstudie zum Berufsorientierungsangebot »Ausbildungsbotschafterinnen und Ausbildungsbotschafter« umfassend informieren lassen.

Pakt für berufliche Schulen: Der Hauptausschuss entsendet Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbank in die Kerngruppe »Pakt für berufliche Schulen«. Die erste Sitzung der Kerngruppe hat bereits stattgefunden.

Jahresforschungsprogramm: Der Hauptausschuss hat beschlossen, das Forschungsprojekt »Verwertungsperspektiven geschlechtsuntypischer Berufsausbildungen – Eine Untersuchung zur Persistenz der Geschlechtersegregation am Arbeitsmarkt« in das Jahresforschungsprogramm 2024 aufzunehmen. ◀



Ergänzende Informationen und Links (alle Stand 17.07.2024)

Stellungnahme des Hauptausschusses zum Berufsbildungsbericht 2024 im Wortlaut: www.bibb.de/dokumente/pdf/stellungnahmezumbbb2024.pdf

- Informationen zum Hauptausschuss und zu den Gremien des BIBB: www.bibb.de/de/35.php
- Sonderprogramm »Junges Wohnen«: www.bmwsb.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/Webs/BMWSB/DE/2023/04/junges-wohnen.html
- Initiative »Klischeefrei«: www.klischee-frei.de
- Berufsorientierungsplattform »zynd«: <https://zynd.de/>
- BIBB-TUDa-Berufsorientierungsstudie: www.bibb.de/de/119273.php
- Zielsetzung und organisatorische Eckpunkte des Paktes für berufliche Schulen: www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2024/Eckpunktepapier_Pakt_BS.pdf
- Forschungs- und Entwicklungsplanung des BIBB: www.bibb.de/de/52.php